Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse

Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik

Band: 96 (2005)

Heft: 4

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Offshore-Windparks in der Ostsee abgelehnt

(nabu) Das deutsche Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) hat beschlossen, den beiden in der Ostsee geplanten Offshore-Windkraftwerken «Adlergrund» und «Pommersche Bucht» keine Genehmigung zu erteilen. Der deutsche Naturschutzbund (NABU) begrüsste ausdrücklich diese Entscheidung.

Damit sei der Standpunkt bestätigt, dass Offshore-Windparks nicht überall mit den Interessen des Meeresschutzes vereinbar sind. Die beiden Projekte hat der NABU wegen der Bedeutung der Meeresgebiete für geschützte Seetaucher- und Entenarten wiederholt als nicht genehmigungsfähig kritisiert.

Mit der Entscheidung würde nun der Weg zu einer naturverträglichen Offshore-Windenergienutzung geebnet. Entscheidend sei, dass gemeldete Schutzgebiete in Nord- und Ostsee von Windparks freigehalten würden. «Einige bereits in der Nordsee genehmigte Projekte sind aus unserer Sicht völlig in Ordnung», so der NABU. Dagegen hätte eine Genehmigung der beiden im gemeldeten Vogelschutzgebiet gelegenen Projekte einen Rückschlag bedeutet.

Solche Windanlagen sind nicht überall beliebt (Bild Teknologisk Institut).

Kernkraftwerke für die Türkei?

(am) Die Türkei erwägt wieder den Einstieg in die Atomkraft. Im Jahr 2012 sollten die ersten Kraftwerke mit 4500 MW Gesamtleistung ans Netz gehen, so Energieminister Hilmi Güler. Er begründete dies mit dem steigenden Energiebedarf seines Landes. Zeitungsberichten zufolge plant die Regierung zwei Kernkraftwerke an der Mittelmeerküste und eines am Schwarzen Meer.

Consommation française a progressé de 2,2%

(rte) L'année 2004 a été marquée par une croissance soutenue de la consommation française d'électricité dans un marché plus fluide, désormais ouvert à 70% à la concurrence.

La consommation intérieure française d'électricité a progressé de 2,2% en 2004 pour atteindre 477,2 TWh. Si l'année 2004 a connu des conditions climatiques moins contrastées qu'en 2003, elle a été marquée par la reprise de la consommation du secteur industriel, en hausse de 1,9%.

Corrigée des aléas climatiques et de l'effet année bissextile, la consommation intérieure française d'électricité affiche une croissance de +1,7% par rapport à 2003. Cela confirme la tendance observée depuis plusieurs années.

Bilan électrique français: La somme des échanges contractuels d'électricité augmente en 2004 de près de 5% et atteint 119 TWh, traduisant la vitalité accrue du marché européen de l'électricité (Calais; photo RTE).

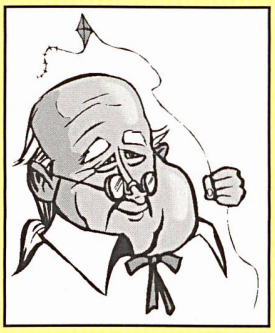
«Wirtschaftswachstum dank erneuerbaren Energien»

(wwf) Der Schweizerische Bauernverband (SBV), die Schweizerische Energiestiftung (SES) und der WWF Schweiz fordern das Parlament auf, die sich über ökologische Anliegen hinwegsetzende Botschaft zum Stromversorgungsgesetz zu korrigieren. Natur und Wirtschaft würden gleichermassen davon profitieren.

Der SBV, die SES und der WWF Schweiz unterstützen das Stromversorgungsgesetz nur, wenn verbindliche Massnahmen zur Sicherung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ins Gesetz aufgenommen werden. Das würde nicht nur ökologische Vorteile bringen, sondern dank der einheimischen Wertschöpfung auch das Wirtschaftswachstum fördern und unser Image als innovative Nation stärken, so die Pressemitteilung des WWF.

Die drei Organisationen haben 2002 das Elektrizitätsmarktgesetz, später vom Volk knapp abgelehnt, unterstützt, weil darin verpflichtende Massnahmen für erneuerbare Energien verankert waren.

Der Blitzableiter



Öko-Lack ist ab

Die Fronten im Kampf um die Windmühlen verlaufen quer durch alle Lager. So geht vielen Norddeutschen die wachsende Zahl der Windräder auf die Nerven. Denn das wird als Landschaftsverschandelung empfunden. Berichte über von Rotoren «abgefeuerte» Geschosse aus Eis machen zusätzlich misstrauisch. Und nachdem auch das Landesumweltamt immer wieder, erstmals zur Jahresmitte, sehr deutlich die Gefahr für die Vögel benannte, ist klar: Auch viele Umweltschützer können der Windkraft nur noch wenig abgewinnen – zumindest in der heutigen Grösse. Der Öko-Lack ist angesichts der Folgen für Mensch und Tier ab. Doch nicht nur der. Auch am wirtschaftlichen Sinn ist zu zweifeln. Wind steht nur diskontinuierlich zur Verfügung. Deshalb muss klassische Erzeugung in Reserve gehalten werden. Auch das kostet – neben der vom Bund verordneten Förderung. Zudem: Wind lässt sich zwar in dünn besiedelten Gebieten besonders gut anzapfen. Die aber sind strukturschwach, haben ein dünnes Leitungsnetz. Dessen Ausbau geht nur langsam voran – und ihn müssen die sowieso gebeutelten Bürger zahlen. Wind strömt zwar gratis, aber nicht der Strom.

MOZ/HZ/B. Frankl

Baden-Württemberg begrüsst Schweizer Bemühungen zu Endlagerstandort

(bw) Die baden-württembergische Landesregierung hat sich mit der Suche nach einem Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle in der Schweiz befasst. Die Forderung des Schweizer Bundesrats Moritz Leuenberger, die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) zu verpflichten, Alternativen zu einem Endlagerstandort im Zürcher Weinland aufzuzeigen und zu bewerten, wurde vom Ministerrat ausdrücklich begrüsst.

Äusserst unerfreulich ist nach Auffassung des Kabinetts nach wie vor die Haltung von Bundesumweltminister Trittin, die Einrichtung einer von der Schweiz unabhängigen Expertengruppe nicht zu unterstützen. Diese Expertengruppe sollte ein Untersuchungsprogramm zur Bewertung und Erfassung von potenziellen Auswirkungen eines grenznahen Endlagers im Zürcher Weinland ausarbeiten und durchführen. Ebenso halte Trittin es nicht für erforderlich, die Wahrung der Beteiligungsrechte bei der Entscheidung über den Entsorgungsnachweis im Rahmen einer Vereinbarung zwischen Deutschland und der Schweiz zu regeln. «Dem Land sind in diesem Fall die Hände gebunden, da der Bund das Land offiziell nach aussen vertritt», betonte Umwelt- und Verkehrsminister Stefan Mappus.

Endlager im Zürcher Weinland: Baden-württembergischer Umweltminister Mappus (Bild) ist sauer auf Bundesumweltminister Trittin.

Breite Allianz von Wirtschaftsverbänden für den Klimarappen

(ev) Das am 20. Januar 2005 zu Ende gegangene Vernehmlassungsverfahren des UVEK zu den Massnahmen zur Einhaltung der Reduktionsziele nach dem CO_2-Gesetz hat eine breite Allianz von Wirtschafts-, Verkehrs- und Tourismusverbänden sowie von mobilen und stationären Konsumenten für den Klimarappen ergeben. Das UVEK hat in der Vernehmlassung vier Varianten zur Diskussion gestellt. Bei der Variante 4, dem Klimarappen, wird eine freiwillige Abgabe auf allen Treibstoffimporten erhoben, deren Ertrag teils für klimafördernde Massnahmen im Inland und teils für den Kauf von Emissionszertifikaten im Ausland (im Rahmen der so genannten flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls) eingesetzt wird.

EU bei Einhaltung des Kyoto-Protokolls auf Kurs

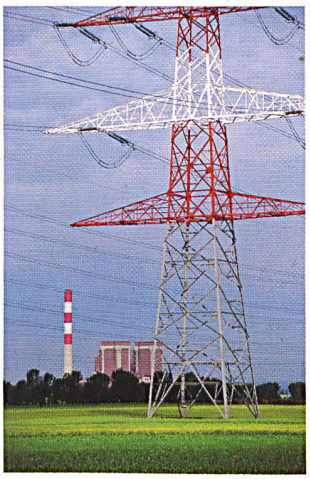
(eu) Die EU und die Mehrheit der einzelnen Mitgliedstaaten dürften in der Lage sein, ihre Emissionsminderungsziele für Treibhausgase nach dem Kyoto-Protokoll mithilfe der gegenwärtig vorgesehenen Strategien, Massnahmen und Projekte in Drittländern zu erreichen. Zu diesem Schluss kommt ein Fortschrittsbericht, der von der Europäischen Kommission angenommen wurde. Die noch aus 15 Mitgliedstaaten bestehende EU (EU15) hatte sich bis 2008–2012 zur Minderung ihrer Emissionen um 8% gegenüber den Werten von 1990 verpflichtet, während die meisten der neuen Mitgliedstaaten gemäss dem Protokoll jeweils eigene Reduktionsziele von 8% (bzw. 6% für Ungarn und Polen) haben. Bis 2002 wurden die Emissionen in der EU15 um 2,9% und in der EU25 um 9% verringert.

Bekenntnis der Politik zum Ausbau der Kraftwerke und Netze gefordert

(fv) Das Forum Versorgungssicherheit legte seine Analyse zur Lage der Versorgungssicherheit in Österreich im Rahmen einer Pressekonferenz vor. Obwohl die Lage in Österreich im internationalen Vergleich noch relativ gut sei, enthalte die vorliegende Bilanz nicht nur dringende Warnungen, sondern auch fünf klare Empfehlungen an Politik, Regulierungsbehörde und Energiewirtschaft:

1. Erweiterung der Zuständigkeit des Regulators auch auf den Bereich der Versorgungssicherheit. Es spricht nichts dagegen, neben günstigen Energiepreisen auch diesen wichtigen volkswirtschaftlichen Aspekt zum Kriterium für entsprechende Entscheidungen zu machen.
2. Kraftwerksbau: Wir brauchen das Bekenntnis der Politik zu Kraftwerksbauten in Österreich im Rahmen eines Masterplans als wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Versorgungssicherheit auf hohem Niveau.
3. Ausbau der Netze: Wir brauchen das Bekenntnis der Politik zum Ausbau des überregionalen Leitungsnetzes im Rahmen eines Masterplans als wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Versorgungssicherheit auf hohem Niveau. Dabei wirken Investitionen in den Leitungsbau weit in die Zukunft und brauchen daher im Amortisationszeitraum besonders stabile Rahmenbedingungen. Sie hängen von mehreren Kriterien ab: Substanzerhalt, Finanzierung, Planbarkeit und Transparenz.
4. Krisenmanagement für Störfälle: Für die operative Abwicklung im Störfall müssen durch die Politik geeignete Massnahmen und Abläufe in einem Masterplan entwickelt werden. Die Entflechtung der Energieversorger darf dabei zu keinen Kommunikations- und Datendefiziten führen.
5. Beschleunigung der Verfahren: Durch den Anstieg des Energieverbrauchs müssen Kraftwerks- und Netzkapazitäten ausgebaut werden. Das soll nicht durch übermässig lange Behördenverfahren verzögert werden. Die Branche definiere schon lange nicht mehr die Spielregeln für das Funktionieren eines wesentlichen Infrastrukturelements.

Das Forum Versorgungssicherheit ist ein gemeinnütziger Verein. Es verfolgt das Ziel, den hohen Qualitätsstandard der österreichischen Energie- und Wasserversorgung zu sichern – und damit den Wirtschaftsstandort Österreich und die Lebensqualität aller Österreicherinnen und Österreicher.



Gefordert: Ausbau der Kraftwerke und Netze und Erweiterung der Zuständigkeit des Regulators auch auf den Bereich der Versorgungssicherheit (Bild Verbund).

Sabotageschutz von Kernanlagen

Acht europäische Länder, darunter die Schweiz, haben bis Anfang Januar 2005 die Gründungsurkunde der Europäischen Vereinigung der Aufsichtsbehörden zum Sabotageschutz von Kernanlagen (European Nuclear Security Regulators Organization ENSRA) unterzeichnet. Die Vereinigung hat zum Ziel, den Austausch von Informationen zu fördern und eine europäische Praxis in der Anwendung von Schutzmassnahmen zu erreichen. Die Vertretung der Schweiz in der ENSRA wird durch das Bundesamt für Energie, Sektion Kernenergie, wahrgenommen.

Wettbewerb auf allen Wertschöpfungsstufen

(mai) Mit einem Verzicht auf Erhöhungen der eigenen Netznutzungsentgelte möchten acht der grössten deutschen kommunalen und regionalen Energieunternehmen neue Bewegung in die aktuelle Diskussion um die Regulierung der deutschen Energiemärkte bringen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten die Vorstandsvorsitzenden der HSE AG (Darmstadt), der Mainova AG (Frankfurt), der Stadtwerke Hannover AG (Hannover), der GEW RheinEnergie AG (Köln), der Stadtwerke Leipzig GmbH (Leipzig), der MVV Energie AG (Mannheim), der Stadtwerke München GmbH (München) und der N-ERGIE Aktiengesellschaft (Nürnberg), dass sie mit diesem Vorschlag einen Beitrag zu einer sachlichen Debatte bei der Regulierung leisten wollen.

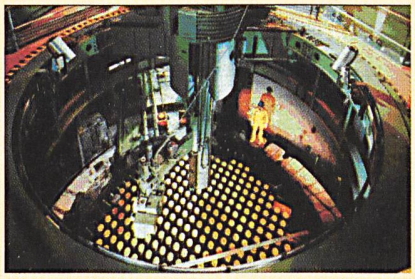
Ein funktionierender Wettbewerb brauche genügend Wettbewerber. Deshalb müsse eine weitere den Wettbewerb hemmende Konzentration in der Erzeugung in Form einer Oligopolstruktur zurückgedrängt werden. Deutlich würden die Auswirkungen eines solchen Erzeugungs-Oligopols bereits in der Strompreisentwicklung. Die Steigerung der letzten zwei Jahre sei – abgesehen von staatlich induzierten Preiserhöhungen wie zum Beispiel der EEG-Abgabe – vor allem auf die deutliche Erhöhung der Grosshandelspreise zurückzuführen. Somit komme der dezentralen Stromerzeugung aufgrund ihrer ökonomischen und ökologischen Vorteile im Wettbewerb eine wachsende Bedeutung zu.

Die acht Unternehmen decken gemeinsam je 10% des Strom- und Gasbedarfs in Deutschland und vertreten mit einem Umsatz von zusammen rund 10 Milliarden Euro und 28 000 Mitarbeitern einen bedeutenden Teil der deutschen Energiewirtschaft. Mit eigenen Kraftwerkskapazitäten von 4500 Megawatt haben sie einen Anteil von gut 5% an der Erzeugung in Deutschland, wobei sie den Strom überwiegend in ökologisch und ökonomisch effizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen erzeugen.

Stadtwerke: Regulierung mitgestalten (Messe Frankfurt/«light+building»).

Atom-Renaissance in Italien?

(a) Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi zeigte sich kürzlich wegen der Stromversorgungsprobleme in Italien besorgt und sprach sich für eine Revision des Gesetzes aus, das im Land den Bau von Kernkraftwerken verbietet. Italien hatte 1987 per Volksabstimmung beschlossen, auf Atomstrom zu verzichten. Die bis dahin fertig gestellten vier Kernkraftwerke wurden stillgelegt. Laut Experten ist Italien wegen dieses Beschlusses zu stark von Stromimporten abhängig geworden. Über 20 Prozent des nationalen Bedarfs kommen überwiegend aus Frankreich, der Schweiz und Österreich. 20 Monate könnten genügen, um die Kraftwerke wieder in Gang zu setzen, die nach dem Referendum gesperrt wurden, so die Experten. So könnte Italien über mindestens 3000 Megawatt mehr Strom verfügen.



Die vier italienischen Enel-Kernkraftwerke Trino (VC), Caorso (PC), Latino (LT) und Carigliano (CE) wurden der Sogin (Società Gestione Impianti Nucleari SpA) zur Demontage übertragen (Bild Sogin).

Treibhausgase auf die Hälfte reduzieren?

(ve/ee) Die EU-Umweltminister haben sich an ihrer Ratsitzung Ende Dezember auf das Ziel verständigt, den Ausstoss von Treibhausgasen bis zum Jahr 2050 auf die Hälfte des Standes von 1990 zu reduzieren. Durch die drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen soll sichergestellt werden, dass die globale Erwärmung zwei Grad Celsius nicht übersteigt.

Italien baut neue Stromleitungen

Italien will mehr Strom aus Österreich. 1,7 Mrd. Euro plant die Regierung Berlusconi in den kommenden drei Jahren für insgesamt fünf neue Stromleitungen auszugeben. Finanziert wurde unter anderem der Bau einer Stromleitung zwischen Lienz und Cordignano bei Treviso in der norditalienischen Region Veneto. Bisher exportiert Österreich über vier Leitungen 200 Megawatt und ist nach Frankreich und der Schweiz Italiens drittgrösster Stromlieferant.

Klare Spielregeln für Strommarkt

Die deutsche Elektrizitätswirtschaft fordert einen klaren und verlässlichen Ordnungsrahmen für unternehmerisches Handeln. «Fair Play setzt klare und eindeutige Spielregeln voraus», erklärte Werner Brinker, Präsident des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW).

Wer einen funktionsfähigen Wettbewerb am Strommarkt wolle, müsse für entsprechende Voraussetzungen sorgen. «Das Prinzip ist allen bekannt. Wie beim Fussball muss es klare Regeln geben, was verboten ist. Über ihre Einhaltung wacht der Schiedsrichter. Das Ganze funktioniert aber nicht, wenn der Schiedsrichter nach seinem Ermessen ständig neue Regeln aufstellt und während des Spiels sagt, wohin der Ball im Einzelnen zu rollen hat».

Werner Brinker: «Wie beim Fussball».